

Zementierte Niedriglöhne

Mindestlohn: „In vier Schritten auf 10,45 Euro“, FR-Wirtschaft vom 1. Juli

Die Wahrheit ist, dass mit 15 Cent brutto mehr pro Stunde ab kommenden Jahr die Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich des Gaststättengewerbes und Dienstleistungsbereichs für die Auswirkungen der Corona-Pandemie doppelt bezahlen müssen. Einerseits weil sie die ersten waren und sind, die eine Kündigung erhalten haben oder mit einem sehr geringen Kurzarbeitergeld auskommen müssen. Und jetzt müssen sie sich ab 1.1. 2021 mit einem schlechten Trinkgeld zufrieden geben. 10,45 Euro ab Sommer 2022 hört sich gut an, liegt aber weit hinter den tariflichen Lohnsteigerungen. Die Mindestlohn-Kommission hätte in der Krise ein Zeichen für einen gerechten Mindestlohn setzen können, der über 13 Euro liegt. So hat sie Armut und Niedriglöhne weiter zementiert. Matthias Rabbe, Köln

Es geht nur mit einer Lohnuntergrenze

Die Bertelsmann-Studie legt offen, dass 7,7 Millionen ArbeitnehmerInnen in der Sackgasse Niedriglohn, sprich prekäre und schlecht bezahlte Arbeit, gefangen sind. Eine zweite Armutsfalle für sieben Millionen Beschäftigte im Transport- und Gesundheitswesen sowie in der Nahrungsmittelindustrie ist der zu niedrige Mindestlohn, der auf 10,45 Euro brutto (Sommer 2022) steigen soll. Wer Armut bekämpfen will, muss eine existenzsichernde Lohnuntergrenze umsetzen, wie sie Sozialverbände wie die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung seit Jahren fordern: 13 Euro und mehr. Denn Armut trotz (Vollzeit-) Arbeit in den „systemrelevanten Branchen“ heute bedeutet auch Altersarmut für Millionen Rentner von morgen. Gudrun Fries, Köln

Diskussion: frblog.de/mindestlohn-2

Tägliche Beleidigungen

Reisewarnung: „Zeigt Erdoğan die Grenzen“, FR-Meinung vom 6. Juli

Ja, jetzt jammern sie, die Türken. Deutschland soll die Reisewarnung für die Türkei aufheben. Vielleicht erinnern wir uns noch an die Beleidigungen durch Erdoğan, an die nahezu täglichen Beschimpfungen? Und an die vielen Deutschen in den türkischen Gefängnissen! Oder ein neuer Vertrag mit der Türkei hinsichtlich der Flüchtlinge. Besser geht es nicht: Reisewarnung weg, wenn die deutschen Gefangenen freigelassen werden, wenn ein neuer Vertrag abgeschlossen wird. Diese Sprache versteht die Türkei, so leid mir die Hoteliers und andere tun, aber sie können in Wahlen Erdoğan in die Wüste schicken. Daher: Nutzt diese Chance, der Türkei zu zeigen, dass wir auch Werkzeuge haben, die durchaus wehtun. Reinhard Matthies, Pinneberg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200706
Eine Übersicht über alle Themen des FR-Blogs gibt es hier: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Manuel Almeida Vergara

diskutiert im „Modcast“ mit Patrice Bouédibéla über den Sinn einer „Frankfurt Fashion Week“. Die Ausgabe des Mode-Podcasts ist abrufbar auf fashionunited.de
modcast.podigee.io

Andreas Schwarzkopf spricht mit Nicole Deitelhoff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) über „Sündenböcke und Verschwörungstheorien: Spaltet Corona die Gesellschaft?“
Verfolgen Sie das Gespräch von Heinrich-Böll-Stiftung, HSFK und FR per Livestream auf Youtube und diskutieren Sie mit.

Dienstag, 28. Juli, 19 Uhr
boell-hessen.de/YouTube

Wie nützlich ist dies unbequeme Stück Stoff?

Maskenpflicht: „Mit oder ohne?“ und „Risiko Reisezeit“, FR-Wirtschaft vom 7. Juli und FR-Politik vom 8. Juli

Großversuch mit unvorhersehbarem Ausgang

Wer zum gegenwärtigen Zeitpunkt wegen geringer Infektionszahlen/-raten dafür plädiert, die Vorgaben zum Tragen von Mund-Nasen-Masken in öffentlichen, geschlossenen Räumen zu beenden, der verwechselt nach meiner Überzeugung Ursache und Wirkung: Die geringen Infektionsraten sind nicht zuletzt der Vorgabe zum Tragen von Masken zu verdanken. Ein Verzicht darauf könnte über kurz oder lang zu einem erneuten Anstieg der Neuinfektionen mit Sars-CoV-2 führen.

Es gibt sicher Personen, denen das Tragen einer Maske nicht zuzumuten ist, und lästig dürfte es vielen ebenfalls sein. Das Virus ist jedoch auch in Mecklenburg-Vorpommern nicht aus der Welt, und ein Verzicht auf die Maskenpflicht kommt einem „Großversuch“ mit unvorhersehbarem Ausgang gleich.

Peter Gentner, Neu-Anspach

Wie ich lebend aus der Sache rauskommen werde

Durch die umfassende, ausgewogene und verschiedene Meinungen respektierende und wiedergebende Berichterstattung der Frankfurter Rundschau, auch über kontroverse wissenschaftliche Einschätzungen zu Corona, ist mir erst klar geworden, auch durch den heutigen Bericht zur Reisezeit, wie die aktuelle Lage ist: hochriskant. Das Virus lauert draußen bei aktuell noch 5002 (Stand 8.7., Anm. d. Red.) infizierten Menschen von 83 Millio-

nen Einwohnern in Deutschland. Um lebend aus der Sache rauszukommen, lüfte ich als Ärztin meine Wohnung nur mit Maske und behalte sie danach mindestens drei Stunden auf, da sich die Aerosole mit dem Virus bis zu drei Stunden in der Luft halten können. Petra Knauer, Frankfurt

Bequemlichkeit sollte kein Kriterium sein

Kaum glaubt man, ein Nachlassen der Bedrohung durch das Virus zu erkennen (die Betonung liegt auf „glaubt“), werden Stimmen laut, die eine Aufhebung der Maskenpflicht fordern. Was ist so Schlimmes an diesem kleinen Stück Stoff, das wir aus Rücksicht auf unsere Mitmenschen tragen? Es ist eine sehr kleine Unbequemlichkeit – viel weniger unbequem als ein Korsett oder 15 Zentimeter hohe Stiletts oder pfundweise Metall, das einige am Körper tragen.

Zugegeben, wir tragen die Maske nicht zur Verschönerung unserer Erscheinung, sie ist kein Statussymbol – wir tragen sie aus Rücksicht auf unsere Mitmenschen. Sie dient der Gesundheit der Menschen, mit denen wir Umgang haben. Als „Nebenwirkung“ mahnt sie auch, das Virus nicht zu vergessen. Unangenehmes vergessen zu wollen, ist nur allzu menschlich.

Was ist die Kehrseite der Medaille? Menschen, die Risikogruppen angehören, sei es, dass sie alt sind oder Vorerkrankungen haben, werden ausgegrenzt. Sie können nicht mehr einkaufen gehen, sie vereinsamen, wer-

den depressiv. Und nicht zu vergessen: Die Gefahr eines erneuten Massenausbruchs der Seuche wächst, eines Ausbruchs, den wir nicht in den Griff bekommen. Wir müssen nur in die USA, nach Brasilien, ja sogar nach Schweden schauen. Haben uns die Bilder aus Bergamo so wenig beeindruckt? Müssen wir die Leichen erst vor der Haustür haben? Rücksichtnahme ist ein sehr wichtiger Bestandteil des menschlichen Umgangs. Sie macht das Zusammenleben von Menschen erst erträglich.

Selbstverständlich sollten alle im Kampf gegen Corona ergriffenen Maßnahmen immer wieder auf ihre Nützlichkeit, ihre Effizienz, ihre Notwendigkeit überprüft werden. Bequemlichkeit sollte dabei aber kein Kriterium sein. Christa Kreß, Gelnhausen

Söder tut alles für seine Untertanen

Ich muss zugeben, auch ich bin ein großer Maskenfan, aber mir sind die Masken an der Wand oder die in der Vitrine lieber als die im Gesicht. Markus Söder und seinem Gefolge ist die absolute Gesundheit seiner Untertanen besonders wichtig, eine wahre Herzensangelegenheit, und dafür tut er alles. Eine richtige Wahl hat hier leider niemand! Bei der „Qualmerei“, als Beispiel, da überlässt er diese Entscheidung „Rauchen ja oder rauchen nein“ ganz demokratisch seinem (Wahl-) Volk selbst. Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Diskussion: frblog.de/maskenpflicht

Kein Verständnis für diese unethische Politik

Kohleausstieg: „Ein historischer Tag“ und „Schwacher Ausstieg“, FR-Wirtschaft vom 4. Juli und FR-Meinung vom 3. Juli

Diese Beschlüsse treiben mir Zornesröte ins Gesicht

Ein schwarzer Freitag für die Politik in Deutschland! Kurz vor der Sommerpause wurden im Bundestag und Bundesrat noch schnell Beschlüsse gefasst, die mir – und sicherlich nicht nur mir – die Zornesröte ins Gesicht treiben.

Der Bundestag hat mit dem Kohleausstiegsgesetz etwas beschlossen, das weit hinter den wissenschaftlich belegten Anforderungen zurückbleibt. Das Gesetz hat das nur wenig ambitionierte Konzept der Kohlekommission noch verwässert. Der Ausstieg erfolgt nicht kontinuierlich, dauert zu lange und widerspricht den Pariser Klimazielen. Zusätzlich erhalten die Energiekonzerne Milliarden geschenkt. Wir verurteilen Brasiliens Präsident Bolsonaro für die klimapolitisch nicht akzeptable Zerstörung des Regenwaldes, wollen aber nicht schneller auf die Kohle als Klimakiller verzichten.

Während die Bundesregierung dieses Gesetz mit Mehrheit gegen alle Bedenken verabschiedet hat, waren die Politiker nicht bereit, über eine neue Wahlordnung abzustimmen. Seit 2013 ist bekannt, dass der Bundestag im-

mer weiter aufgebläht wird. Statt der gesetzlich vorgeschriebenen 598 haben wir aktuell 709 Abgeordnete und damit das weltweit größte frei gewählte Parlament. Schon seit Jahren wird darüber gestritten, wie das ständige Anwachsen des Parlaments (2021 wahrscheinlich fast 800 Abgeordnete) verhindert werden kann. Die Regierungsparteien weigern sich, vernünftige Konzepte zu erarbeiten, da sie Profiteure der bestehenden Regelung sind. Speziell die CSU verweigert sich dem Vorhaben. Dieses Trauerspiel verstärkt das ohnehin traurige Bild, das unsere Regierung abgibt, und verstärkt die latente Politikverdrossenheit.

Im Bundesrat wurde am „schwarzen Freitag“ über die gesetzswidrige Ständerhaltung für Muttersauen entschieden. Die in vielen Zuchtbetrieben praktizierte, tierquälereische Haltungsförmung wurde vor fünf Jahren höchstrichterlich verboten. Doch nun wurde auf Betreiben der Lobby die Quälerei für weitere acht (!) Jahre genehmigt.

Mir fehlt jedes Verständnis für Politiker, die eine solche, gegen alle ethischen und moralischen Prinzipien verstoßende Entscheidung auf Kosten von Lebewesen treffen. Einer solchen

Politik ohne Rücksicht auf Mensch, Tier und Umwelt fehlt jede moralische Rechtfertigung und Unterstützung in der Bevölkerung. Ich merke, dass ich eine immer größere Abneigung, um nicht zu sagen: Wut gegen die etablierten Politiker*innen wie z.B. Frau Klöckner empfinde, die sich, wenn es dem Profit der Konzerne dient, gadenlos über jedes ethische Tabu hinwegsetzt. Dieter Murmann, Dietzenbach

Das Defizit wurde auch mit Kernkraft ausgeglichen

Der Autor kritisiert zu Recht den schwachen Ausstieg der BRD aus der Kohleverstromung. Als Vorbild nennt er als Beispiel England und schreibt: „Die Briten durften gerade eine monatelange Rekordzeit ganz ohne Kohlestrom im Netz genießen“. Die Frage ist, ob dieser Genuss ganz unproblematisch ist. Denn das Defizit muss ja ausgeglichen werden, es sei denn, der Energiebedarf hätte sich verringert. Immerhin sind in Großbritannien noch 15 Nuklearreaktoren in Betrieb, deren letzte erst 2030 abgeschaltet werden sollen. Zwei weitere Reaktoren vom Typ EPR in Hinkley Point sind im Bau. Jutta-Maria Roth, Königswinter